

Die westliche Vorherrschaft in Afrika bröckelt mit Dr. Gerald Horne

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag, ich bin Dimitris Lascaris und melde mich am 31. Mai 2025 aus Griechenland mit einer Ausgabe von Reason2Resist. Seit etwa drei Jahren ist der Westen wie gelähmt vom Krieg in der Ukraine. Dieser Krieg, der das Risiko einer nuklearen Katastrophe wohl auf ein beispielloses Niveau erhöht hat, dauert trotz Donald Trumps angeblichen Bemühungen, ihn zu beenden, unvermindert an. Weniger als zwei Jahre, nachdem die Ukraine in den zerstörerischsten Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt wurde, begann Israel seinen genozidalen Angriff auf das palästinensische Volk. Die Gräuel, die wir heute in Gaza erleben, und die schockierende Straflosigkeit, mit der Israel und seine westlichen Unterstützer sie begehen, sind wahrscheinlich schlimmer als jemals zuvor während des Völkermords. Während sich diese menschlichen Katastrophen ereigneten, wurde den bedeutenden Entwicklungen in der Sahelzone im Westen weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Die Sahelzone, was auf Arabisch „Küste“ bedeutet, ist ein riesiges Gebiet, das sich über 6.000 Kilometer von Ost- bis Westafrika erstreckt. Sie umfasst zwölf Länder und ist die Heimat von etwa 400 Millionen Menschen. Nach der Definition der Vereinten Nationen umfasst die politische Region der Sahelzone Senegal, Gambia, Mauretanien, Guinea, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Kamerun und Nigeria. Um uns zu helfen, die dortigen Ereignisse besser zu verstehen, ist heute Dr. Gerald Horne zu Gast. Dr. Horne ist Moores-Professor für Geschichte im Fachbereich Afroamerikanistik an der Universität von Houston. Seine Forschungsarbeiten befassen sich mit Rassismus und verschiedenen Beziehungen in den Bereichen Arbeit, Politik, Bürgerrechte, internationale Beziehungen und Krieg. Er hat über 30 Bücher geschrieben und ist so freundlich, heute früh aus Victoria, D.C., zu unserer Sendung zuzuschalten. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind, Dr. Horne.

Gerald Horne (GH): Danke für die Einladung.

DL: Dr. Horne, ich möchte Sie zunächst zu einer Organisation namens ECOWAS befragen, was eine Abkürzung für Economic Community of West African States (Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten) ist. ECOWAS ist eine regionale politische und wirtschaftliche Union von zwölf Ländern Westafrikas. Offiziell soll ECOWAS die kollektive Selbstversorgung ihrer Mitgliedstaaten fördern, indem sie einen großen Handelsblock schafft und eine vollständige Wirtschafts- und Handelsunion aufbaut. Damit soll der Lebensstandard angehoben und die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden. Um uns den Kontext zu verdeutlichen, Dr. Horne, könnten Sie uns etwas zur Realität von ECOWAS sagen? Haben Sie tatsächlich die Entwicklung und Selbstversorgung ihrer Mitgliedstaaten gefördert? Und wenn nicht, wessen Interessen dient ECOWAS Ihrer Meinung nach tatsächlich?

GH: Diese Organisation wird von den kontinentalen Giganten angeführt, man denke nur an Nigeria. Allerdings wäre es ebenso vereinfachend, die ECOWAS als wirtschaftliche Lokomotive zu bezeichnen, wie Jesus einfach als Zimmermann zu bezeichnen. Das würde mehr auslassen, als es offenbaren würde. Man muss sich nur daran erinnern, dass Nigeria vor einigen Jahren, als es zu einem Regimewechsel im nördlichen Nachbarland Niger kam, das neben Mali und Burkina Faso zu den Sahelstaaten gehört, mit einer Invasion drohte. Presseberichten zufolge geschah dies auf Geheiß Washingtons. In diesem Zusammenhang ist das nicht überraschend. Denn man darf nicht vergessen, dass Präsident Tinubu, der erst kurz zuvor in Nigeria vereidigt und ins Amt eingeführt worden war, während seiner Zeit in Chicago in den 1970er Jahren eine, sagen wir mal, eher bewegte Vergangenheit hatte. Tatsächlich deuteten Presseberichte aus Nigeria darauf hin, dass er die Vereinigten Staaten verlassen hatte, weil er von den Strafverfolgungsbehörden wegen verschiedener Beträgereien und Unterschlagungen verfolgt wurde. Und es wurde angedeutet, dass diese Skandale ans Licht kommen würden, wenn er sich nicht bereit erklärte, Druck auf die Sahelstaaten, insbesondere Niger, auszuüben. Leider verhinderte eine Massenrevolte der Arbeiterklasse und der Massen Nigerias eine mögliche nigerianische Invasion in Niger, und Herr Tinubu sollte sich glücklich schätzen, dass dies nicht geschah, denn das hätte verheerende Folgen haben können. Das heißt, eine Invasion des nördlichen Nachbarn hätte für Nigeria verheerend sein können.

Vielleicht sollten wir einen Moment zurückgehen und versuchen, diese politische Spaltung innerhalb der ECOWAS zu verstehen. Eine politische Spaltung, auf der einen Seite die bereits erwähnte Allianz der Sahelstaaten unter der Führung von Niger, Mali und Burkina Faso und auf der anderen Seite natürlich die eher konservativen Kräfte, die den Status quo bewahren wollen und von Nigeria und, ich sollte auch sagen, der Elfenbeinküste oder Côte d'Ivoire angeführt werden. Diese Allianz der Sahelstaaten wird, wie Sie vielleicht wissen, von militärischen Kräften angeführt, aber das sollte nicht zu einer Abwertung dieser Regime führen, denn wir wissen, dass in der Vergangenheit, wenn Versuche unternommen wurden, einen progressiven Wandel in Afrika im Allgemeinen einzuleiten, die nordatlantischen Mächte militärisch interveniert haben. Und das ist ziemlich schwierig, wenn das Militär selbst die Macht innehaltet, was in den Sahelstaaten derzeit der Fall ist. Sie sollten auch wissen, dass es in der Sahelzone einen Präsidenten gibt, der für einen progressiven Wandel eintritt.

Ihr Publikum kennt vielleicht den verstorbenen burkinischen Staatschef Thomas Sankara aus den 1980er Jahren, der auf tragische Weise ermordet wurde, vermutlich auf Geheiß eines seiner ehemaligen Mitstreiter, nämlich des späteren Präsidenten Blaise Compaoré. Herr Sankara hatte Frankreich empört, indem er einen progressiven Kurs einschlug, unter anderem indem er half, eine feministische Agenda durchzusetzen, Bäume zu pflanzen, um die Entwaldung zu verhindern, und Straßen zu bauen, um die Infrastruktur zu entwickeln, damit die Wirtschaft in Schwung kommen konnte. Aber diese Agenda und das, was sie versprach, entsprachen nicht den Vorstellungen der nordatlantischen Mächte, und deshalb musste er verschwinden.

Jetzt sehen wir eine ähnliche Agenda, eine progressive Agenda, die von den Sahelstaaten vorangetrieben wird. Niger, beispielsweise, ist ein wichtiger Uranlieferant für Frankreich, das damit Strom für französische Haushalte erzeugt. Dieses Uran aus Niger wurde zu Schleuderpreisen verkauft. Die nigerianischen Behörden haben den Preis für dieses Uran erhöht, wodurch mehr Einnahmen in die Staatskasse fließen und mehr Geld für das Gesundheits- und Bildungswesen ausgegeben werden kann. Gleichzeitig hat dies jedoch im nordatlantischen Raum keine Beifallsrufe ausgelöst, da man darin ein gefährliches Signal wähnt. Eine ähnliche Entwicklung ist in Mali zu beobachten. Es ist sehr interessant festzustellen, dass Kanada bzw. kanadische Interessen in Mali große Investitionen in Gold getätigt haben. Und die malischen Behörden haben Maßnahmen ergriffen, um mehr Einnahmen aus diesen kanadischen Bergbau-Supermächten zu erzielen, was ebenfalls kein Zufall ist. Und ich denke, in gewisser Weise hilft dies, das Dilemma Ottawas aufzuzeigen, denn wie Ihr Publikum weiß, hat Trump damit gedroht, Kanada zu annexieren und zum 51. Bundesstaat zu machen. Gleichzeitig ist der kanadische Imperialismus jedoch stark vom US-Imperialismus abhängig, beispielsweise in Bezug auf dieses Dilemma mit Mali. Es wird interessant sein zu sehen, wie Ottawa seine Karten ausspielt. Wird es sich damit abfinden, dass die Regulierungsbehörden den kanadischen Bergbau-Supermächten mehr Einnahmen abknöpfen können, oder wird es sich den Regulierungsbehörden beugen, um Druck auf die malischen Behörden auszuüben, was natürlich dazu führen würde, dass Kanada letztlich noch abhängiger vom US-Imperialismus würde? Und wenn man dann nach Burkina Faso schaut, das bekanntlich eine Tradition zu wahren hat, was das Erbe des verstorbenen Thomas Sankara, des Führers von Burkina Faso, angeht, hat Ibrahim Traoré, der derzeitige Staatschef, ein Publikum begeistert, das ihm von Moskau, wo er häufig zu Gast ist, bis nach Ghana in Westafrika Beifall zollt. Erinnern Sie sich daran, dass vor einigen Monaten, als der derzeitige Staatschef Ghanas, John Mahama, vereidigt wurde, das Stadion in stürmischen Applaus ausbrach, als Ibrahim Traoré das Podium betrat.

Ähnliches geschah in Gabun, einem weiteren westafrikanischen Staat, als ein Vertreter Burkina Fasos bei der Amtseinführung des neu eingesetzten Staatschefs Nguema erschien. Wir sollten auch wissen, dass es progressive Strömungen gibt, die von den Sahelstaaten ausgehen und nicht nur bei den Status-quo-Mächten, sondern auch bei den Vampiren der Region, sprich Frankreich, große Besorgnis erregen. Erst vor wenigen Tagen gab es Gerüchte über einen Regimewechsel in der Elfenbeinküste, dem vielleicht engsten Verbündeten Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent. Es gibt möglicherweise apokryphe, vielleicht

aber auch nicht apokryphe Geschichten, dass Präsident Ouattara, der bereits über achtzig Jahre alt ist, in seinem Büro eine Falltür hat, durch die er direkt in die französische Botschaft fliehen kann, falls Bauern mit Mistgabeln vor seiner Tür auftauchen und einen Regimewechsel fordern. Auf jeden Fall gab es vor wenigen Tagen in der Handelshauptstadt Abidjan Gerüchte, dass Ouattara aufgrund des militärischen Wandels und Regimes im Sahel im Abgang begriffen sei. Das hat sich zwar nicht bestätigt, wirft aber ein neues Licht auf die bevorstehenden Wahlen in der Elfenbeinküste, wo Ouattara an verschiedenen Fronten herausgefordert wird.

Und dann ist da noch Kamerun, ein Nachbarland Nigerias. Eigentlich hatte ich gehofft, dass Kanada sein angeblich fortschrittliches Gesicht zeigen und Kamerun Hilfe leisten würde, denn die Probleme in Kamerun spiegeln die Probleme in Kanada wider. Damit meine ich, dass in Kamerun, diesem westafrikanischen Land, gerade ein blutiger Bürgerkrieg tobts, in dem angeblich die sogenannten Anglophonien gegen die Frankophonien kämpfen. Mit anderen Worten, es ist nicht unähnlich dem Dilemma in Kanada in Bezug auf Quebec, wo überwiegend Französisch gesprochen wird, im Gegensatz zu Ontario und dem Rest des Landes, wo überwiegend Englisch gesprochen wird. Leider hat Ouattara meinen Rat nicht befolgt, und so breitet sich dieser faktische Bürgerkrieg wie ein Lauffeuer in ganz Kamerun aus. Interessanterweise verbringt der Staatschef Kameruns, Paul Biya, der mit über 90 Jahren als frankophon gelten kann, den größten Teil seiner Zeit in einer palastartigen Anlage in der Schweiz. Nun könnte man meinen, dass angesichts des Drucks, der auf andere Regime in Afrika ausgeübt wurde, in denen ältere Staatschefs sich gegen Amtszeitbeschränkungen gewehrt haben – ich denke dabei an Simbabwe vor einigen Jahren unter Präsident Robert Mugabe, der natürlich in der nordatlantischen Gemeinschaft wegen seiner Weigerung, Amtszeitbeschränkungen zu akzeptieren, heftig kritisiert wurde, aber natürlich war das eigentliche Problem, dass Simbabwe eine Landreform eingeleitet hatte, bei der das Land von den europäischen Invasoren, von denen einige erst 1945 angekommen waren, an die simbabwische Bevölkerung und natürlich auch an Mugabes Freunde verteilt wurde.

Der Druck auf Simbabwe war so groß, dass Mugabe schließlich von vielen seiner Genossen in den Regierungsparteien der OPF aus dem Amt gedrängt wurde. Leider wurde kein nennenswerter Druck auf Kamerun und Paul Biya ausgeübt, da er, gelinde gesagt, mit den nordatlantischen Ländern gut zusammenarbeitet und daher in den nordatlantischen Ländern nicht unbedingt negativ in der Presse dargestellt wird. Ich denke, das sollte uns allen eine Lehre sein. Das bedeutet, wenn man mit den nordatlantischen Ländern kooperiert, kann man wie Paul Biya und Kamerun massiv Menschenrechte verletzen, aber man wird davonkommen. Wenn man jedoch den Mut und die Dreistigkeit besitzt, sich den nordatlantischen Ländern zu widersetzen, indem man beispielsweise dabei hilft, Siedler europäischer Abstammung zu vertreiben, wird man angeprangert. Und Sie haben vor wenigen Tagen im Oval Office einen Hinweis darauf gesehen, wovon ich spreche. Jetzt wenden wir uns natürlich nach Süden, weg von der Sahelzone. Ich spreche von...

DL: Können wir darauf später zurückkommen? Ich weiß, dass Sie über Cyril Ramaphosa sprechen werden, und ich möchte das im Laufe unseres Gesprächs heute wirklich

ausführlicher diskutieren, aber bevor wir dazu kommen, möchte ich mich gerne noch auf die Sahelzone konzentrieren, wenn ich darf. Wie Sie sicherlich wissen, Dr. Horne, hat die ECOWAS die Mitgliedschaft von Mali, Guinea, Burkina Faso und Niger ausgesetzt, angeblich weil es in diesen Ländern einen Staatsstreich gegeben habe. Die Prämisse für diese Suspendierung war, dass die Mitgliedstaaten, die die Suspendierung dieser Staaten unterstützt haben, sich zu demokratischer Regierungsführung verpflichtet haben. Als ich in den 90er Jahren als Anwalt in New York City tätig war, habe ich tatsächlich eine Reihe von Staatsangehörigen aus der Elfenbeinküste, dem Senegal und Benin vertreten, die in New York City in Abschiebungsverfahren politisches Asyl beantragt hatten. Einigen von ihnen wurde damals politisches Asyl gewährt. Ich glaube nicht, dass dies heute noch der Fall wäre, aber die Richter der Einwanderungsgerichte in den Vereinigten Staaten waren damals relativ liberal in der Anwendung der Gesetze zum politischen Asyl, und die wichtigsten Beweise, auf die wir uns im Allgemeinen stützten, waren Berichte des US-Außenministeriums über den antidemokratischen Charakter dieser Regierungen und die Unterdrückung von Dissidenten, die gewaltsame Unterdrückung von Dissidenten.

Meine Frage an Sie bezieht sich insbesondere auf die Elfenbeinküste und den Senegal. Ich glaube, dass in vielen Diskussionen der Medienkonzerne über diese Länder, sofern sie überhaupt darüber berichten, allgemein davon ausgegangen wird, dass sie relativ demokratisch sind und dass der Wahlerfolg verfrüht war. Wie sieht die Realität in diesen Ländern aus? Diese Länder, die, wie Sie wissen, Niger, Burkina Faso und dergleichen, aufgrund von Staatsstichen suspendiert wurden. Haben sie einen legitimen Anspruch darauf, als demokratisch zu gelten, oder ist das alles nur eine Fassade, um die wahren Gründe für die Suspendierung dieser Länder aus der ECOWAS zu verschleiern?

GH: Nun, wie bereits erwähnt, denke ich, dass der entscheidende Faktor davon abhängt, ob das Regime mit den nordatlantischen Ländern kooperiert. Wenden wir uns nun der Elfenbeinküste zu, die ein Paradebeispiel für die Zusammenarbeit mit den nordatlantischen Ländern ist, bis hin zur Duldung von Kinderarbeit im wichtigsten Exportzweig des Landes, nämlich dem Kakaoanbau, der anschließend in Belgien und der Schweiz zu Schokolade verarbeitet wird, wodurch die Vampire und diese Nationen viel Geld verdienen. Sie erinnern sich vielleicht, dass es vor etwa anderthalb Jahrzehnten in der Elfenbeinküste zu einer Wahlkonfrontation kam, an der erneut der derzeitige Präsident Ouattara und sein Herausforderer Laurent Gbagbo beteiligt waren. Interessanterweise intervenierte Frankreich zugunsten von Herrn Ouattara, landete mit seinen Streitkräften in diesem westafrikanischen Land, nahm Laurent Gbagbo und seine Frau fest und brachte sie nach Den Haag, wo sie vor Gericht gestellt wurden. Das wirft natürlich eine Nebenfrage im Hinblick auf den sogenannten Internationalen Strafgerichtshof auf. Manche nennen ihn auch den Internationalen Gerichtshof der Kaukasier, weil er sich mit einer fast schon unheimlichen Präzision auf Staatschefs aus Afrika zu konzentrieren scheint. Und dann greifen sie natürlich manchmal auch in die inneren Angelegenheiten ehemaliger sozialistischer Länder ein, zum Beispiel in das Land, das einst als Jugoslawien bekannt war. Aber wie dem auch sei, Herr Gbagbo und seine Frau wurden erst kürzlich freigelassen. Und das sendet natürlich ein Signal an andere Herausforderer des von Paris und Washington unterstützten Status quo: Wenn Sie

so dreist sind, diesen Status quo in Frage zu stellen, könnten Sie sich vor dem Gerichtshof in Den Haag wiederfinden.

Das ist meiner Meinung nach auch die Gefahr, der sich die Militärführer der Sahelländer gegenübersehen. Ein bedrohliches Signal, das sie sicherlich erst vor wenigen Tagen wahrgenommen haben, war der Besuch des US-Präsidenten in den Monarchien am Persischen Golf. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Tyrannen in diesem Teil der Welt sind wichtige Geldgeber für religiösen Fanatismus in den Sahelländern, nicht nur dort, sondern auch im Norden Nigerias. Und diese Art von religiösem Fanatismus schleicht sich langsam aber sicher auch in die Elfenbeinküste ein, er schleicht sich beispielsweise in den Norden Ghanas ein. Offensichtlich ist es Herrn Trump völlig gleichgültig, ob dieser religiöse Fanatismus weiter voranschreitet oder nicht. Sicherlich die Vereinigten Arabischen Emirate, die glücklicherweise negative Aufmerksamkeit aufgrund ihrer verheerenden Rolle im Bürgerkrieg im Sudan erhalten haben, der vielleicht die größte Wunde des heutigen afrikanischen Kontinents ist. Der Sudan ist natürlich nicht weit vom Niger entfernt, nur durch den Tschad getrennt, und ich sollte auch erwähnen, dass das Militärregime im Tschad ebenfalls Gerüchte über einen Beitritt zur Allianz der Sahelstaaten aufkommen lässt, was ein gigantischer Schritt nach vorne wäre. Aber auf jeden Fall ist eines der Probleme, mit denen die Sahelstaaten derzeit konfrontiert sind, dieser religiöse Aufstand. Man hat uns glauben gemacht, insbesondere seit dem 11. September, insbesondere seit den Anschlägen auf New York und Washington am 11. September 2001, dass der Platzhirsch der kapitalistischen imperialistischen Macht, also die Vereinigten Staaten von Amerika, geschickt und vehement gegen den sogenannten islamischen Fundamentalismus vorgegangen sei. Aber leider ist das übertrieben. Denn es gab kaum Proteste gegen die Ausbreitung des religiösen Fanatismus in den Sahelstaaten, weil die nordatlantischen Länder der Meinung sind, dass die religiösen Fanatiker wie ein Knüppel eingesetzt werden können, um die Regime in den Sahelstaaten zu disziplinieren, weshalb sie bereit sind, das Risiko einzugehen, dass diese religiösen Fanatiker in den Sahelstaaten an die Macht kommen und progressive Regime stürzen, insbesondere das Regime in Burkina Faso, wie ich anmerken möchte.

DL: Ich möchte mich insbesondere auf Burkina Faso konzentrieren. Sie haben ein wenig über die fortschrittliche Politik gesprochen, die in diesen Staaten verfolgt wird, die von der ECOWAS isoliert wurden und derzeit Gegenstand des Zorns des Westens sind. Und in Burkina Faso dreht sich die Diskussion über die Geschehnisse in diesen Staaten hauptsächlich um Ibrahim Traoré. Das ist verständlich, denn er ist eine ziemlich charismatische Persönlichkeit, er ist sehr jung, er scheint sehr redegewandt zu sein, er hat einen ausgeprägten Kleidungsstil, sagen wir mal. Wie Sie bereits erwähnt haben, baut er sehr gute Beziehungen zur Russischen Föderation auf, einem weiteren Ziel der westlichen Hegemonie. Aber in den westlichen Konzernmedien wird nicht viel über die tatsächliche Politik seiner Regierung berichtet. Könnten Sie uns etwas genauer über die Art der Politik erzählen, die er verfolgt, und ob sie Ihrer Meinung nach tatsächlich darauf ausgerichtet ist, das Wohlergehen der Bevölkerung von Burkina Faso zu fördern? Und in diesem Zusammenhang: Glauben Sie, dass wir einschätzen können, inwieweit die Bevölkerung

Ibrahim Traoré tatsächlich unterstützt? Und wenn ja, wie schätzen Sie die Unterstützung ein, die er derzeit in seinem Land genießt?

GH: Das ist sehr schwierig, da das Regime bekanntermaßen von einem blutigen religiösen Aufstand erschüttert wird. Und oft, wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten, als es in diesem Land in den 1860er Jahren einen Bürgerkrieg gab, wurde das Habeas-Corpus-Recht ausgesetzt. Das ist das Recht einer Person, die unrechtmäßig inhaftiert ist, durch Einreichung einer Klage freigelassen zu werden. Was also die blutigen Aufstände angeht, ist es nicht leicht, den Kurs des Regimes in Burkina Faso ohne diese religiösen Aufstände einzuschätzen. Dennoch kann man meiner Meinung nach sagen, dass das Regime versucht, auf dem progressiven Erbe des bereits erwähnten verstorbenen Thomas Sankara aufzubauen, beispielsweise in Bezug auf Frauenrechte, Mutterschaftsurlaub, die Bekämpfung der Wüstenbildung, den Bau von Straßen und die Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Kuba im Bereich der medizinischen Versorgung und Gesundheitsfürsorge. Angesichts der Angriffe aus den nordatlantischen Ländern und der religiösen Aufstände, ist dies jedoch nicht einfach.

Aber die Tatsache, dass Tschaud Interesse bekundet und über einen Beitritt zu dem Bündnis verhandelt, ist ein Signal dafür, dass diese Allianz der Sahelstaaten Bestand haben und Durchhaltevermögen zeigen könnte. Und wenn dies der Fall ist, dann wird dies meiner Meinung nach nicht zuletzt dem Charisma und der Politik von Herrn Traoré zu verdanken sein. Denn er ist natürlich ziemlich mutig und abenteuerlustig. Ich war beeindruckt davon, dass bei seinem letzten Besuch in Moskau am 9. Mai, dem Tag des Sieges, an dem natürlich auch der chinesische Präsident Xi Jinping, der venezolanische Präsident Maduro, Diaz Canel aus Kuba und andere Staatschefs, darunter Lula aus Brasilien, anwesend waren, Herr Traoré in gewisser Weise die Show gestohlen hat, indem er tatsächlich eine Rede auf Russisch hielt. Ich weiß nicht, ob er sich vor seiner Ankunft schnell eingearbeitet hat oder ob er die Sprache tatsächlich fließend beherrscht, aber auf jeden Fall hat dies die Fantasie vieler Menschen in Moskau beflügelt und wurde in Washington nicht sehr positiv aufgenommen. Es ist sehr schwierig, weil das Regime als von einem blutigen religiösen Aufstand zerrüttet gilt.

Washington hat derzeit ein echtes Problem, denn einerseits erschien vor wenigen Tagen eine Story in der New York Times, die darauf hindeutete, dass die Vereinigten Staaten sich grundlegend aus dem afrikanischen Kontinent zurückziehen, Botschaften und Konsulate schließen werden. Tatsächlich ist sogar die Rede davon, AFRICOM zu schließen, die männliche Faust des Pentagon auf dem afrikanischen Kontinent, angeführt von General Michael Langley, der zufällig afrikanischer Abstammung ist. Ich glaube nicht, dass sein Nachname davon herrührt, dass er seinen Namen in Anlehnung an den CIA-Hauptsitz geändert hat, aber in den Vereinigten Staaten kann man nie wissen. Auf jeden Fall hat er sehr pointierte und vergiftete Drohungen ausgesprochen, die sich persönlich gegen Ibrahim Traoré richten und ihm verschiedene Arten von Korruption vorwerfen, und da er ein Weggefährte von Herrn Trump ist, weiß er offensichtlich einiges über Korruption. Aber das spiegelt den Widerspruch der US-Politik wider. Einerseits gibt es große Besorgnis über das Beispiel, das Herr Traoré und seine Genossen gesetzt haben, andererseits gibt es diese begleitende

Vorstellung von Herrn Trump, dass Afrika aus sogenannten Drecksländern besteht, die die Zeit und die Ressourcen des US-Imperialismus nicht wert sind.

Letztendlich wird der US-Imperialismus sich wohl mehr auf seine Verbündeten verlassen, um seine Drecksarbeit in Afrika zu erledigen. Denken Sie nur an die Vereinigten Arabischen Emirate und deren Finanzierung religiöser Aufständischer oder an die heimtückische Rolle, die Frankreich in seinen ehemaligen Kolonien gespielt hat. Es wäre jedoch verfrüht, davon auszugehen, dass sich der US-Imperialismus vollständig aus Afrika zurückziehen wird, auch wenn diese Art von Demagogie einen bestimmten Teil der Anhänger von Herrn Trump ansprechen mag, denn wir wissen, dass bis zum Jahr 2100 ein überproportionaler Anteil der Menschen auf diesem Planeten afrikanischer Abstammung sein wird. Wir wissen, dass Afrika mit Uran, Gold und Diamanten gesegnet ist, also mit den kritischen Mineralien, nach denen Herr Trump lechzt. Wir sollten also die Vorstellung, dass Herr Trump dem Kontinent den Rücken kehren wird, nicht allzu ernst nehmen, auch wenn ich zu behaupten wage, dass dies in progressiven Kreisen weltweit begrüßt würde, sollte er dies tatsächlich tun.

DL: Ich habe vor Monaten in den alternativen Medien einige Vermutungen gelesen, dass die US-Regierung – noch bevor Trump ins Weiße Haus zurückgekehrt ist – Ibrahim Traoré und seiner Regierung gegenüber nicht wirklich feindselig eingestellt war, zumindest nicht vollständig, weil sie die Vertreibung der französischen Kolonialmacht aus dieser Region als Chance für die Vereinigten Staaten sahen. Glauben Sie, dass die Amerikaner und die Franzosen in dieser Region Konkurrenten sind? Oder handelt es sich Ihrer Meinung nach eher um Komplizen?

GH: Meiner Meinung nach ist es eine Kombination aus beidem. Erinnern Sie sich, wenn ich ein wenig in der Geschichte zurückgehen darf, an die Suezkrise von 1956. Dieser piratenähnliche Angriff auf Nassers Ägypten, angeführt von Paris, London und Israel, was eine Reaktion auf Nassers und Kairos Bestrebungen zur Rückgewinnung der Kontrolle über den Suezkanal war. Die Piraten wurden nicht nur von Moskau und der Sowjetunion zum Rückzug gezwungen, sogar Präsident Eisenhower äußerte sich negativ zu diesem Ereignis, da der US-Imperialismus natürlich im Begriff war, Frankreich und Großbritannien und ihre ehemaligen Imperien zu verdrängen. Das Ergebnis dieser besonders erschütternden Konfrontation war, dass Großbritannien zu dem Schluss kam, dass es sich noch enger an Uncle Sam binden sollte, während Frankreich unter Charles de Gaulle zu dem gegenteiligen Schluss kam, sich um eine unabhängige Entwicklung bemühen zu müssen. Und natürlich wurde diese Idee kurz nach der Suezkrise durch den jungen Senator aus Massachusetts, John F. Kennedy, unterstützt, der sich negativ über die französische Intervention in Algerien äußerte. Das führte natürlich dazu, dass naive Menschen dachten, er würde sich in eine progressive Richtung bewegen, aber tatsächlich war dies Teil eines längerfristigen Plans des US-Imperialismus, die führenden europäischen Kolonialmächte in ihren Imperien zu ersetzen und zu verdrängen.

Und so erkennen wir nun rückblickend, dass zwischen Paris und Washington eine Art De-facto-Abkommen geschlossen wurde. Das heißt, Washington würde sich aus dem frankophonen Afrika zurückziehen, solange Frankreich in diesen Ländern die Lage unter

Kontrolle halten kann, solange Frankreich garantieren kann, dass die Investitionen US-amerikanischer Konzerne in die natürlichen Ressourcen Afrikas, beispielsweise das Eisenerz in Guinea Conakry, durch französische Interessen geschützt werden. Leider müssen wir in letzter Zeit feststellen, dass Frankreich dies nicht mehr gewährleisten kann. Daher wird diese alte Vereinbarung nun neu bewertet. Einen Hinweis darauf gab es im Zusammenhang mit Niger. Als es vor einigen Jahren zu einem Regimewechsel kam und die Franzosen zum Abzug gezwungen waren, sahen die Vereinigten Staaten eine Gelegenheit, davon zu profitieren. Tatsächlich haben sie gerade einen neuen Militärbotschafter in Niger ernannt. Denn es ist nicht abwegig, dass die Vereinigten Staaten die Schwäche Frankreichs in Afrika ausnutzen wollen. Natürlich gibt es keine Ehre unter Dieben. Es gibt keine Ehre unter Imperialisten. Sie leben davon, sich gegenseitig zu untergraben und in den Rücken zu fallen. Natürlich nur, bis sie mit einer harten Herausforderung durch die afrikanischen Nationen konfrontiert werden, die sie gemeinsam ausbeuten möchten. In diesem Fall neigen sie oft dazu, sich zusammenzuschließen.

Was Ihre Frage meiner Meinung nach offenbart, ist, dass wir Ereignisse sehr sorgfältig studieren müssen, da es keine pauschalen Analysen gibt, mit denen wir einfache Antworten und Ansätze für ein sehr komplexes politisches Szenario liefern können. Daher sollten wir davon ausgehen, dass Frankreich und Washington als „Freunde“ agieren werden, um einen aktuellen Begriff zu verwenden. In bestimmten Fällen, in denen der Imperialismus insgesamt herausfordert wird, werden sie als Freunde auftreten. Und dann sind sie Antagonisten, sie sind Feinde. Insofern Frankreich es nicht schafft, die Lage unter Kontrolle zu halten, bildet es ein Kolonialreich und versucht dann, Washington beiseite zu drängen, um diese Kontrolle zu sichern. Ich denke, wir werden einen Hinweis darauf bekommen, wenn wir uns die eben erwähnten Ereignisse in Mali und die Goldvorkommen sowie die Bedrohung der kanadischen Goldmineninteressen ansehen und uns fragen, ob Frankreich und die Vereinigten Staaten und Ottawa sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Mali zusammenschließen können. Diese Entwicklung ist noch nicht zu Ende, und wir müssen nicht nur die Situation beobachten, sondern auch aggressiv gegen diese imperialistischen Piraten vorgehen.

DL: Ich möchte nun zu diesem Spektakel kommen, wobei „Spektakel“ eigentlich ein zu milder Ausdruck ist für das, was die Welt neulich im Weißen Haus mit dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa erlebt hat. Allem Anschein nach hat Donald Trump den südafrikanischen Präsidenten mit irgendwelchen unsinnigen Beweisen für einen Völkermord an den Weißen in Südafrika überrascht. Ich weiß gar nicht, wo ich mit dieser Farce, die wir miterleben mussten, anfangen soll. Zunächst einmal hat mich beeindruckt, dass dies gegen die grundlegendsten Regeln des diplomatischen Protokolls zu verstößen schien. Man lädt den Präsidenten, das Staatsoberhaupt eines anderen Landes, ins Weiße Haus ein, ohne ihm auch nur einen Hinweis zu geben – der südafrikanische Präsident hatte offensichtlich keine Ahnung, dass er mit diesem Video konfrontiert werden würde. Wir haben gesehen, wie er auf den Bildschirm starrte und versuchte, zu verstehen, was er da sah. Er hatte keine Ahnung. Er war nicht darauf vorbereitet, zu reagieren. Er hatte das Video noch nie gesehen. Es gibt keinen Grund, seine Aussage anzuzweifeln, dass das für ihn völlig neu war. Ich kann mich

nicht erinnern, jemals erlebt zu haben, dass ein US-Präsident ein solches Manöver vollführt hat, nachdem er einen ausländischen Staatschef ins Weiße Haus eingeladen hatte.

Aber ganz allgemein, wie beurteilen Sie das Ganze, Dr. Horne? Ich meine, wir sind uns natürlich einig, dass die Vorstellung, die weiße Bevölkerung Südafrikas werde einem Völkermord ausgesetzt, völlig absurd ist. Aber warum hat er das getan? Was war Donald Trumps Ziel dabei? Und wie wird sich das Ihrer Meinung nach auf die Beziehungen zwischen Südafrika und den Vereinigten Staaten auswirken? Ich fand die Reaktion des südafrikanischen Präsidenten eigentlich recht diplomatisch, sehr zurückhaltend, und er ist auch weiterhin zurückhaltend in seiner Reaktion auf dieses Spektakel. Aber ich bin neugierig, was Sie über die Hintergründe denken und wie sich das Ihrer Meinung nach auf die künftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auswirken wird.

GH: Nun, offensichtlich sind die Beziehungen zwischen Pretoria und Washington, sagen wir mal, in eine schwierige Phase geraten. Dies zeigte sich darin, dass Außenminister Rubio das Treffen der G20-Außenminister, das vor einigen Wochen, vor einigen Monaten in Südafrika stattfand, boykottierte und dass Finanzminister Scott Bessent das Treffen der Finanzminister, das vor kurzem in Südafrika im Rahmen dieses allgemeinen Boykotts gegen Südafrika zustande kam, ignorierte. Die US-Behörden sind ziemlich verärgert über Südafrika, weil es die Dreistigkeit besaß, US-Verbündete, ich spreche hier von Israel, vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen und angesichts der Schäden, die Israel der palästinensischen Bevölkerung zugefügt hat, plausible Argumente für einen Völkermord vorzubringen. Die Vereinigten Staaten sind unzufrieden mit der Tatsache, dass Südafrika mit den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika alliiert ist, zu denen natürlich kürzlich eine Reihe weiterer Nationen hinzugekommen sind, darunter Äthiopien, Ägypten und andere, die zu zahlreich sind, um sie alle zu nennen. Und so haben die Vereinigten Staaten erwartet oder hatten erwartet, dass Südafrika heute ein typisches Beispiel für die Gefolgschaft des US-Imperialismus sein würde. Aber leider ist dies nicht geschehen, leider, was die imperialen Interessen Washingtons angeht.

Was glaubte Herr Trump damit zu erreichen, fragen Sie? Die traurige Nachricht, die schlechte Nachricht ist, dass Herr Trump glaubt, dass dies bei seiner Wählerschaft Anklang findet. Ich muss leider sagen, dass unsere Freunde auf der linken Seite oft unterschätzen oder sich gar nicht bewusst sind, dass die Vereinigten Staaten, ihre sogenannte mächtige Wirtschaft, auf Jahrhunderten unbezahlter afrikanischer Arbeit aufgebaut wurde. Das hat zu einer Spaltung der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten geführt, die bis heute besteht. Und wir wissen, dass Herr Trump im November 2024 77 Millionen Stimmen erhalten hat, auch wenn einige behaupten, dass dies eine Revolte der 1 % war. Es bedarf mehr als neuartiger Mathematik, um zu behaupten, dass 77 Millionen 1 % einer Bevölkerung von 330 Millionen sind. Die Zahlen ergeben einfach keinen Sinn. Ich muss leider sagen, dass Herr Trump eine beträchtliche Anhängerschaft in der europäisch-amerikanischen Arbeiterklasse und Mittelschicht hat, die von Siedlern abstammt. Und historisch gesehen gab es innerhalb der Arbeiterklasse Konflikte zwischen diesen verschiedenen Gruppen. Man denke nur an den amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Als die Fußsoldaten der sogenannten

Konföderierten Staaten von Amerika, die die Regierung der Vereinigten Staaten stürzen wollten, um die Versklavung der Afrikaner für immer aufrechtzuerhalten, überwältigend und unverhältnismäßig stark aus Nachkommen von wenig wohlhabenden Siedlern bestanden, von denen viele sogar arm waren, versuchten sie in Wirklichkeit, ein System aufrechtzuerhalten, in dem ihre Löhne und Arbeitsbedingungen durch die Konkurrenz mit versklavten afrikanischen Arbeitskräften gedrückt wurden. Aber sie waren bereit, ihr Leben und ihr Blut für dieses ultimative Ziel zu opfern, das nicht in ihrem Interesse lag. Ich vermute, sie hatten das Gefühl, dass auch sie irgendwann Sklavenhalter hätten werden können. Genauso wie ich glaube, dass es unter den Anhängern von Herrn Trump Menschen gibt, die diese Angriffe auf Afrikaner und diese Respektlosigkeit gegenüber afrikanischen Führern aus ihrer Sicht als gutes Omen für ihre Zukunft betrachten. Ich glaube nicht, dass das funktionieren wird, genauso wie viele Venezolaner, venezolanische Amerikaner und kubanische Amerikaner, die für Herrn Trump gestimmt haben, jetzt enttäuscht sind, da Tausende Venezolaner nach Caracas zurückgeschickt und Kubaner beispielsweise nach Südsudan und Dschibuti deportiert werden.

Ich glaube also, dass viele Anhänger von Herrn Trump die Kräfteverhältnisse falsch eingeschätzt haben. Doch das hat Herrn Trump nicht davon abgehalten, denn er glaubt, dass es bei seiner Anhängerschaft Anklang findet, wenn er einen Schwarzen im Oval Office respektlos behandelt. Denn diese Respektlosigkeit gegenüber einem Schwarzen Staatschef im Oval Office ging einher mit der Tatsache, dass Dutzende Angehörige der europäischen Minderheit Südafrikas auf Kosten der US-Steuerzahler über den Atlantik geflogen wurden, um angeblich von dem vermeintlichen Völkermord befreit zu werden, der ihnen angeblich angetan wurde, und nun auf Kosten der US-Steuerzahler untergebracht werden. Und diese Art von Geschenken findet bei Trumps Anhängern Anklang, weil sie in Bezug auf den sogenannten Rassenkampf sehen, dass Herr Trump bereit ist, sich für die Vorherrschaft der Weißen einzusetzen. Er ist bereit, sich für die weiße Hautfarbe selbst einzusetzen. Und das ist eine ziemlich entmutigende Realität, die viele unserer Freunde nicht wahrhaben wollen oder mit der sie sich nicht auseinandersetzen wollen.

Wir haben gerade von Simbabwe gesprochen, wo es auch eine tatsächliche Umverteilung von Land gab. In Südafrika wurden nur wenige Landübertragungen genehmigt. Als Anwalt, der in New York praktiziert hat, sind Sie sicherlich mit der Enteignungsbefugnis vertraut, die es den US-Behörden erlaubt, Land von privaten Eigentümern für öffentliche Zwecke zu beschlagnahmen. Das passiert in diesem Land ständig. Aber wenn das in Südafrika passiert, wo Afrikaner die Zügel in der Hand haben und ein Staat Land von einer europäischen Minderheit beschlagnahmt, bricht die Hölle los. Und ich weiß oder vermute, dass sich viele in unserem Publikum fragen, warum diese Kontroverse? Denn wir wissen, dass Cyril Ramaphosa, der Staatschef Südafrikas, gelinde gesagt, recht wohlhabend ist. Er war selbst in Skandale verwickelt, beispielsweise wurden in einer seiner Residenzen Tausende von Dollar in einem Sofa gefunden, was fast zu seiner Absetzung geführt hätte, dem Vorsitzenden des African National Congress und Südafrikas Staatschef. Und ihm ging Jacob Zuma voraus, der von 2009 bis etwa 2018 Präsident war und Pionierarbeit bei der „Staatsvereinnahmung“ leistete, also der Idee, staatliche Ressourcen an Freunde und Vertraute zu verteilen.

Angesichts der Tatsache, dass Herr Zuma viele Münder zu stopfen hat, darunter zahlreiche Kinder und Ehefrauen, hätte dies vorhersehbar sein müssen.

Noch schwerwiegender ist vielleicht die Tatsache, dass er, nachdem er vor einigen Jahren aus seinem Amt verdrängt worden war, einen Aufstand vom Typ 6. Januar in seiner Heimatprovinz KwaZulu-Natal, der Dutzende Menschenleben forderte, zumindest tolerierte, wenn nicht sogar forderte. Und um das Ganze noch zu krönen, kandidierte er 2024, angeblich unter Beibehaltung seiner ANC-Mitgliedschaft, mit einer alternativen Liste gegen die ANC-Kandidaten, was dazu führte, dass der ANC unter 50 % der Sitze im Parlament fiel, was wiederum ihre Zwangsheirat mit der neo-apartheiddemokratischen Allianz erleichtert, die nun viele Posten in der Regierung innehat, darunter den des Landwirtschaftsministers. Der Landwirtschaftsminister der DA befand sich zufällig im Oval Office, als Trump diese empörende Darbietung abrieferte, und hatte zu den Videos und den sogenannten Zeitungsausschnitten, die Trump herum reichte, nicht viel zu sagen. Ich denke also, dass dies genau das bestätigt, was wir bereits angedeutet haben, nämlich dass Herr Trump gegenüber dem afrikanischen Kontinent eine ziemlich hinterhältige Politik verfolgen wird, indem er reichlich Gelder aus den Vereinigten Arabischen Emiraten einsetzen wird, um die Sahelstaaten zu destabilisieren, während die Konfrontationen im südlichen Teil des Kontinents, wo die Regime mächtiger sind und über stärkere Volkswirtschaften verfügen, direkter ausfallen werden. Dies wird sich offensichtlich zeigen, wenn Ende 2025 die G20-Gipfel, das Treffen der 20 einflussreichsten Nationen der Welt, in Südafrika stattfindet.

DL: Herr Trump hat natürlich nicht erwähnt, dass 70 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Südafrika im Besitz von Weißen ist, obwohl diese nur 7 % der Bevölkerung ausmachen. Ich war einmal in meinem Leben in Südafrika. Das war 2010. Damals war ich aus New York weggezogen und arbeitete als Anwalt für Sammelklagen in Kanada. Wir verklagten ein kanadisches Bergbauunternehmen, dessen Flaggschiff-Mine in Südafrika außerhalb von Johannesburg lag. Ich musste die Führungskräfte unter Eid in der Zentrale befragen, die sich am Standort der Mine befand. Wir fuhren also aus Johannesburg heraus und sahen diese bewachten Wohnsiedlungen, die ausschließlich von Weißen bewohnt waren und von hohen Mauern umgeben waren, nicht nur von Mauern, sondern auch von Stacheldraht. Als wir dann zum Standort der Mine kamen und die Mine gegenüber der Einfahrt betrat, sahen wir Tausende von Schwarzen Südafrikanern, die in Blechhütten lebten. Die Leute in der Mine sagten uns, dass dies die Arbeiter und ihre Familien seien, die direkt gegenüber der Mine in Blechhütten wohnten. Und natürlich bestand die Führungsriege dieses Bergbauunternehmens ausschließlich aus Weißen. Der Eindruck, den ich davon mitgenommen habe, ist natürlich nur anekdotisch, und ich habe in der Zeit, in der ich dort war, nur an der Oberfläche gekratzt. Aber ich hatte das Gefühl, Dr. Horne, dass Südafrika de facto in vielerlei Hinsicht immer noch ein Apartheidstaat war. Halten Sie das heute für übertrieben? Wie sieht die Realität für die Schwarze indigene Bevölkerung Südafrikas aus?

GH: Nun, Sie liegen nicht ganz falsch. Seit 1994 gab es sicherlich bedeutende Reformen, insbesondere bei der Wasserversorgung, die vor den ersten demokratischen Wahlen 1994 für die afrikanische Mehrheit nicht unbedingt vorgesehen war. Es wurden Wohnungen gebaut.

Sicherlich ist Bildung für die afrikanische Mehrheit besser zugänglich, aber Tatsache bleibt, dass Ihre Schilderung den Eindruck vermittelt, Südafrika sei nach wie vor eines der Länder mit der größten Ungleichheit auf der Erde und dass diese Ungleichheit das Gewissen Washingtons nicht berührt. Tatsächlich sehen sie darin ein nachahmenswertes politisches Konzept, das sie gerade eifrig umzusetzen versuchen. Ich möchte auch noch einmal erwähnen, dass es im Sahel, wo wir nicht nur über die Interessen des US-Imperialismus, sondern auch über die Golfmonarchien und beispielsweise die Probleme Frankreichs gesprochen haben, eine ähnliche Komplexität gibt wie im Südkegel.

In Namibia beispielsweise, das früher illegal von Südafrika unter Apartheid besetzt war, gibt es reichhaltige Bodenschätze, darunter Uran. Erst kürzlich fand in der Hauptstadt Windhoek eine Gedenkfeier zum ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts statt, der von den Behörden in Berlin verübt wurde. Das war der Völkermord an den Nama und Herero zwischen 1904 und 1908. Viele der Anführer dieses Völkermords waren später an den Gräueltaten beteiligt, die in den 1930er und 1940er Jahren in Mittel- und Osteuropa als Holocaust bekannt wurden. Dabei handelte es sich übrigens teilweise um dieselben Personen. Und natürlich hätte man die Tragödie von beispielsweise 1944 vielleicht vermeiden können, wenn es 1904 mehr Aufschrei gegeben hätte. Namibia drängt Berlin auf Wiedergutmachung für diese Gräueltaten. Berlin zeigt sich bisher jedoch unbeeindruckt. Und natürlich ist Berlin der Meinung, dass es sich letztendlich auf die Macht des US-Imperialismus verlassen muss, um diesen berechtigten Forderungen Namibias zu widerstehen. Und natürlich hat Namibia ein solides Argument, denn Berlin hat Israel für den Holocaust in den frühen 1930er Jahren bis 1945 Reparationen gezahlt, obwohl Israel zu der Zeit, als diese Verbrechen begangen wurden, noch nicht existierte. Tatsächlich wird diese Frage der Reparationen ganz oben auf der Tagesordnung der Afrikanischen Union stehen, der panafrikanischen transkontinentalen Organisation mit Sitz in Äthiopien. Sie treffen sich zu einem Gipfeltreffen mit der Karibischen Gemeinschaft, Jamaika, Barbados, Trinidad und Tobago usw. Im September 2025 wird in Addis Abeba, Äthiopien, nicht nur die Frage der Reparationszahlungen an Namibia, sondern auch an andere afrikanische Staaten und natürlich an die Karibik ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Und natürlich erwarten wir eine große Delegation aus Nordamerika. Aus den Vereinigten Staaten, was natürlich auf die Forderungen der Schwarzen Bevölkerung der Vereinigten Staaten nach Reparationen zurückzuführen ist.

Und so sehen wir, dass es zu periodischen Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten der nordatlantischen Gemeinschaft kommen könnte. Wir haben beispielsweise über die gelegentlichen Konflikte zwischen Paris und Washington gesprochen, aber ich wage zu behaupten, dass sie sich in Bezug auf die Ablehnung der Reparationsforderungen, die im September in Addis Abeba, Äthiopien, gestellt werden, einig sein werden. Und wenn wir zurück nach Südafrika schauen, dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass die ursprünglichen Kolonisatoren, die ursprünglichen Invasoren Südafrikas, nicht nur die Niederländer waren, die 1652 ankamen, sondern dass kurz darauf auch französische Protestanten, die Hugenotten, hinzukamen. Und natürlich verschmolzen diese beiden europäischen Gemeinschaften zu dem, was man als die afrikanische Bevölkerung bezeichnet. Diese steht nach wie vor an der Spitze der Gesellschaft, kontrolliert trotz der empörenden Rhetorik von Herrn Trump

weiterhin die Wirtschaft und beharrt darauf, dass auf die Apartheid eine Neo-Apartheid folgt. Was Sie während Ihres Besuchs in Südafrika erlebt haben, war ein Beispiel für diesen Trend. Das heißt, trotz bedeutender Reformen in den Bereichen Bildung, Wohnungswesen und Gesundheitsversorgung, die übrigens oft von kubanischen Medizinern durchgeführt wurden, bleibt Südafrika eine Gesellschaft mit extremen Ungleichheiten. Und genau diesen unglückseligen Status quo möchten Herr Trump und seine Mitstreiter gerne beibehalten.

DL: Die letzte Frage, die ich Ihnen stellen möchte, betrifft das Verhältnis Südafrikas zu Israel. Trotz seiner ehren Bemühungen, Israel vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Völkermordes zur Rechenschaft zu ziehen, bleibt Südafrika ein wichtiger Kohleexporteur nach Israel, nur Russland und Kolumbien sind meiner Meinung nach größere Kohleexporteure. Und tatsächlich sind die Kohlelieferungen Südafrikas nach Israel im Januar 2025 gegenüber dem Januar des Vorjahres um 17 % gestiegen. Es scheint also ein Aufwärtstrend zu bestehen. Die südafrikanische Regierung hat diese Tatsache auf unangenehme Weise mit dem Argument erklärt, dass die Kohleunternehmen, die die Kohle nach Israel liefern, die Regierung verklagen und gewinnen würden, wenn sie die Kohlelieferungen blockieren würden. Dies wären also Kosten, die das südafrikanische Volk zu tragen hätte, und sie wären erheblich. Glauben Sie, dass daran etwas Wahres dran ist, oder denken Sie, dass hier mehr dahinter steckt? Was halten Sie davon, dass Südafrika einerseits in rechtlicher Hinsicht alles tut, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen, während es gleichzeitig indirekt, wie ich annehme, die israelische Kriegsmaschinerie durch Kohleexporte unterstützt?

GH: Dies ist der Teil des Widerspruchs, mit dem wir und Südafrika konfrontiert sind. Wie ich bereits mehrfach betont habe und wie ich auch in meinem Buch *White Supremacy Confronted (Konfrontation der weißen Vorherrschaft)* dargelegt habe, das sich mit den Kämpfen gegen die Apartheid bis hin zu den demokratischen Wahlen von 1994 befasst, haben die Apartheidbehörden im Februar 1990 beschlossen, den African National Congress zu legalisieren, Nelson Mandela freizulassen und die Kommunistische Partei Südafrikas zu verbieten. Dies war nicht nur eine Reaktion auf die weltweiten Proteste, nicht zuletzt in ihrem Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch eine Reaktion auf die Tatsache, dass einer der Verbündeten Südafrikas, nämlich die damalige sozialistische DDR, in Schwierigkeiten geraten war – sie sollte kurz nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 in der Versenkung verschwinden, ebenso wie die Sowjetunion, die den Militanten auf dem Schlachtfeld im südlichen Afrika Waffen, Ruhe und Erholung verschafft hatte – sie brachen wenige Jahre später, im Dezember 1991, zusammen. Das behindert die von Nelson Mandela angeführten Anti-Apartheid-Kräfte bei den Verhandlungen, sie mussten unbedeckte Kompromisse eingehen, die bis heute Nachwirkungen auf die gesamte Wirtschaft haben. Nicht nur das, sondern Südafrika hat bis heute eine der einflussreichsten zionistischen Gemeinschaften auf dem Planeten. Diejenigen, die so graue Haare haben wie ich, erinnern sich vielleicht an Abba Eban. Er war häufig im US-Fernsehen zu sehen, insbesondere nach dem sogenannten Sechstagekrieg im Juni 1967. Er war israelischer Außenminister und hochrangiger israelischer Politiker. Seine Wurzeln lagen natürlich beispielsweise im Apartheid-Südafrika. Und er ist nur ein Symbol, ein Aspekt, ein Beispiel für eine größere pro-zionistische Gemeinschaft, die nach wie vor Einfluss in Südafrika ausübt.

Nun wäre es natürlich fahrlässig, nicht darauf hinzuweisen, dass es eine Reihe jüdischer Südafrikaner gab, die an vorderster Front im Kampf gegen die Apartheid standen. Ich spreche von Joe Slovo, einem litauisch-jüdischen Nachfahren, einem der engsten Weggefährten Nelson Mandelas, der den bewaffneten Flügel des African National Congress anführte und jahrelang für einen Waffenstillstand kämpfte. Denis Goldberg zum Beispiel, Ronnie Kasrils, Ruth First, die Ehefrau von Joe Slovo, die 1994 vor der Unabhängigkeit in Mosambik im Exil einem Briefbombenanschlag zum Opfer fiel. Aber dennoch war Südafrika während der Apartheidjahre nicht nur ein Hauptquartier für viele pro-zionistische Kräfte. Erinnern Sie sich daran, dass der Vater des sogenannten Schahs von Persien Anfang der 1940er Jahre in Johannesburg starb. Und das war kein Zufall. Das war nicht willkürlich. Interessanterweise war eine der ersten Maßnahmen der Islamischen Republik nach ihrer Machtübernahme Ende der 1970er Jahre die Einstellung der Öllieferungen aus dem Iran an Südafrika, was einen schweren Schlag für die Apartheid-Regierung bedeutete und sie auf den Weg des endgültigen Niedergangs brachte. Ich gebe all diese Hintergrundinformationen, um zu verdeutlichen, dass Südafrika, wie man früher über Kenia nach der Unabhängigkeit 1963 sagte, noch nicht Uhuru, noch nicht frei ist, das heißt, dass es immer noch mächtige Kräfte gibt, die vom imperialistischen Lager unterstützt werden, die das von Ihnen gerade beschriebene Kohleabkommen durch andere Arten von zwielichtigen Geschäften mit den imperialistischen Kreisen kopieren könnten. Aber noch einmal: Dies ist ein Produkt des aktuellen globalen Kräfteverhältnisses, und ich denke, es ist unsere Pflicht als Opposition, unseren gerechten Kampf fortzusetzen, und in dem Maße, in dem wir erfolgreich sind und uns durchsetzen können, wird dies wiederum positive Auswirkungen auf Südafrika haben und das von Ihnen erwähnte Kohleabkommen praktisch unmöglich machen.

DL: Dr. Horne, ich kann mir keinen besseren Zeitpunkt vorstellen, um dieses Interview und unsere Diskussion hier zu unterbrechen. Vielen Dank. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu. Wir werden nie müde, dies auf Reason2Resist zu sagen, und das ist auch der Grund, warum wir dieses Programm Reason2Resist nennen: Wir haben die Macht, diese Ungerechtigkeiten zu überwinden, aber das erfordert leider enorme Entschlossenheit, kollektives Handeln und Opfer. Auf jeden Fall ist es mir immer eine Freude, mit Ihnen zu sprechen, und ich freue mich auf unser nächstes Gespräch.

GH: Vielen Dank für die Einladung.

DL: Und ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 31. Mai 2025 aus Griechenland.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org